

Laufendes Protokoll Nr.: 24	Protokoll vom: 25.03.2021 Ort: Online Zeit: 18:00 – 20:30 Uhr																																							
Anlass: 24. Sitzung des Potsdamer Beteiligungsrates 2021																																								
Protokoll: Nicolas Bach (nexus Institut)																																								
<p>Anwesende:</p> <table border="0"> <tr> <td data-bbox="245 472 427 506"><u>Bürger/innen:</u></td> <td data-bbox="679 472 836 506"><u>Verwaltung:</u></td> <td data-bbox="1058 472 1126 506"><u>SVV:</u></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 510 504 544">Dr. Sabine Albrecht</td> <td data-bbox="679 510 876 544">Frank Daenzer</td> <td data-bbox="1058 510 1262 544">Nico Marquardt</td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 548 536 582">André Falk (Sprecher)</td> <td data-bbox="679 548 876 582">Dr. Jörg Leben</td> <td data-bbox="1058 548 1294 582">Mechthild Rüniger</td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 586 632 620">Freda von Heyden-Hendricks</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 624 461 658">Dr. Antje Jordan</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 663 536 696">Prof. Dr. Heinz Kleger</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 701 475 734">Frauke Neumann</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 739 620 772">Gabriele Struck (Sprecherin)</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 777 624 810">Franziska Wilke (Sprecherin)</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <table border="0"> <tr> <td data-bbox="245 860 336 893"><u>Gäste:</u></td> <td data-bbox="679 860 1217 893"><u>Moderation:</u> Nicolas Bach (nexus Institut)</td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 898 536 931">Thomas Geisler (WfB)</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 936 437 969">Sophia Ermert</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 974 405 1008">Maria Pohle</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 1012 440 1046">Heike Bojunga</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 1050 504 1084">Thomas Tuntschew</td> <td></td> </tr> </table>		<u>Bürger/innen:</u>	<u>Verwaltung:</u>	<u>SVV:</u>	Dr. Sabine Albrecht	Frank Daenzer	Nico Marquardt	André Falk (Sprecher)	Dr. Jörg Leben	Mechthild Rüniger	Freda von Heyden-Hendricks			Dr. Antje Jordan			Prof. Dr. Heinz Kleger			Frauke Neumann			Gabriele Struck (Sprecherin)			Franziska Wilke (Sprecherin)			<u>Gäste:</u>	<u>Moderation:</u> Nicolas Bach (nexus Institut)	Thomas Geisler (WfB)		Sophia Ermert		Maria Pohle		Heike Bojunga		Thomas Tuntschew	
<u>Bürger/innen:</u>	<u>Verwaltung:</u>	<u>SVV:</u>																																						
Dr. Sabine Albrecht	Frank Daenzer	Nico Marquardt																																						
André Falk (Sprecher)	Dr. Jörg Leben	Mechthild Rüniger																																						
Freda von Heyden-Hendricks																																								
Dr. Antje Jordan																																								
Prof. Dr. Heinz Kleger																																								
Frauke Neumann																																								
Gabriele Struck (Sprecherin)																																								
Franziska Wilke (Sprecherin)																																								
<u>Gäste:</u>	<u>Moderation:</u> Nicolas Bach (nexus Institut)																																							
Thomas Geisler (WfB)																																								
Sophia Ermert																																								
Maria Pohle																																								
Heike Bojunga																																								
Thomas Tuntschew																																								
<p>Abwesende (e = entschuldigt): Bettina Beran (e), Marie Wutzler (e), Marie-Ann Koch (e), Helga Mundt, Günter zur Nieden</p>																																								
<p>Tagesordnung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Begrüßung 2. Vorstellung Maria Pohle und Heike Bojunga 3. Rolle der Ortsbeiräte – Austausch mit Thomas Tuntschew 4. Mobile Beteiligung in Potsdam 5. Aktuelles <ol style="list-style-type: none"> a. Prozessmonitor b. BI Potsdamer Norden: Schreiben von Herrn Seyboth c. Vorhaben Pirschheide d. Sitzung des Ausschusses PTD 6. Organisatorisches 7. Abschluss <ol style="list-style-type: none"> a. Inhalte der nächsten Sitzung 																																								
<p>Anhänge</p> <ol style="list-style-type: none"> A. Beschluss der SVV zur mobilen Beteiligung B. Prozessmonitor der WfB C. Schreiben von Herrn Seyboth D. Zusammenfassung der wichtigsten Punkte aus der Sitzung des Ausschusses PTD 																																								

1 Begrüßung; TOPs

Herr Bach beginnt die Sitzung des Beteiligungsrates (BR) und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste. Er stellt die Tagesordnung vor, die von den Mitgliedern des Beteiligungsrates verabschiedet wird.

2 Vorstellung von Maria Pohle und Heike Bojunga

Zu Beginn der Sitzung stellte sich Maria Pohle, die neue Leiterin des Bereichs 513 Partizipation und Tolerantes Potsdam, vor. Frau Pohle kommt ursprünglich aus Sankt Petersburg und lebt seit 2007 in Potsdam. Sie hat unter anderem an der Universität Potsdam und in Jugendhilfeprojekten mit Migrant:innen und Geflüchteten gearbeitet und war zuletzt Vorsitzende des Migrantenbeirats Potsdam. Bürgerbeteiligung ist ein wichtiger Schwerpunkt ihrer Arbeit, den sie in ihrer neuen Tätigkeit für Potsdam weiter stärken möchte.

Die Mitglieder des BR fragten Frau Pohle, ob bei ihrer Anstellung eine zweite Stelle für die interne Werkstatt für Beteiligung (WfB) in Aussicht gestellt wurde. Ursprünglich ist die WfB mit zweimal drei Stellen geplant worden. Frau Pohle antwortete, dass diebezüglich nichts versprochen worden ist. Sie berichtete allerdings, dass Herr Karnstaedt demnächst in den Bereich 513 zurückkehrt. Des Weiteren informierte sie, dass grundsätzlich eine Analyse der internen Strukturen der WfB vorgesehen ist und die interne Werkstatt weiterentwickelt werden soll.

Als zweiter Neuzugang der Potsdamer Verwaltung stellte sich die neue Leiterin des Fachbereichs 51 Kommunikation und Partizipation, Heike Bojunga, vor. Sie betonte in ihrer Vorstellung, dass Partizipation auch eine Kommunikationshaltung sei, da es dabei immer um den Austausch von Meinungen und Positionen gehe. Gemeinsam mit Frau Pohle will sie den Bereich Partizipation weiter profilieren und dabei die Schnittstellen zu anderen Verwaltungsbereichen verbessern. Frau Bojunga kommt ursprünglich aus Frankfurt am Main, hat in Berlin Geschichte studiert und anschließend in Dresden für die Sächsische Zeitung und später im Bereich Kommunikation gearbeitet.

3 Situation der Ortsbeiräte – Austausch mit Thomas Tuntschew

Thomas Tuntschew ist seit 2017 als Referent im Büro des Oberbürgermeisters (OBM) tätig und dort Ansprechpartner für die Ortsvorsteher:innen. Damit ist er der „kurze Draht“ der Ortsvorsteher:innen in das Büro des OBMs.

Herr Tuntschew berichtet über die Entstehung der Ortsbeiräte im Zuge der Eingemeindungen 1993 und 2003. Ortsbeiräte umfassen, je nach Größe der Ortsteile, zwei bis neun gewählte Mitglieder und bilden Versammlungen, die sich zu lokalen Fragen beraten und Beschlüsse zu örtlichen Angelegenheiten fassen. Die Ortsbeiräte sollen so aktiv an der Gestaltung ihrer Ortsteile mitwirken. Aus den Ortsbeiräten werden die Ortsvorsteher:innen gewählt, die die Ortsteile auch gegenüber der Verwaltung und den Gremien der Landeshauptstadt vertreten.

Herr Tuntschew blickt auf die Zusammenarbeit der letzten Jahre zurück. Immer wieder gab es Kritik an der Arbeitsweise der Verwaltung. Es sei wichtig, dass die unterschiedlichen Perspektiven sichtbar gemacht werden und besser zu verstehen. 2018 wurde beispielsweise ein StadtForum zum Eingemeindungsjubiläum durchgeführt, um den Stand des Zusammenwachsens zu diskutieren. Wichtig sei es, in einem konstruktiven Dialog zu bleiben. Derzeit finden quartalsweise Gespräche zwischen Ortsvorsteher:innen und Verwaltung/Beigeordneten statt. Dieser Austausch wurde verstetigt und damit als dauerhaftes

Element des Austauschs etabliert. Die Herbstsitzung ist dabei traditionell für Themen des Geschäftsbereichs 4 reserviert. Vor der Sommer- und Weihnachtsferien finden gemeinsame Sitzungen mit dem Oberbürgermeister statt. Grundsätzlich sind die Ortsvorsteher:innen wichtige Multiplikator:innen in die und aus den Ortsteilen.

Herr Tuntschew erläutert, dass in den letzten Jahren einige Verbesserungen angeschoben werden konnten. Er berichtet, dass die Ortsvorsteher:innen mit vielen Bereichen der Zusammenarbeit zufrieden sind. Umso ärgerlicher sind die Themen, in denen die Positionen und Beschlüsse der Ortsbeiräte nicht berücksichtigt werden. Er sehe aber auch in Teilen einen funktionalen Konflikt zwischen den Ortsteilen (vertreten durch die Ortsbeiräte und Ortsvorsteher:innen) und den gesamtstädtische Interessen. Einen Interessenkonflikt zwischen der Stadt und den Ortsteilen hat es bereits bei ihrer Einführung gegeben. Die aktuelle Diskussion ist vielschichtig, betrifft neben der Verwaltung auch die die Abläufe der Stadtverordnetenversammlung. Deshalb soll ein Workshopverfahren gestartet werden, um über Lösungen und Verfahren gemeinsam zu erarbeiten.

Fragen, Anmerkungen und Antworten

In der anschließenden Diskussion gab es folgende Fragen, Anmerkungen und Antworten.

Fragen, Anmerkungen	Antworten
Sind Ortsbeiräte im Hauptausschuss vertreten?	Die Ortsbeiräte können an den Sitzungen des Hauptausschusses teilnehmen, haben darin aber keinen formalen Sitz?
Die Ortsbeiräte haben sich insbesondere über das Verhalten der SVV beschwert. Sie haben das Gefühl, dass ihre Anliegen weniger gehört und beachtet werden und dass sie in ihren Rechten beschnitten werden. Das kann auch an der Menge der Anträge liegen, die von den Ortsbeiräten in die SVV eingebracht wurden.	<p>Diese Wahrnehmung und Kritik ist auch bei Herrn Tuntschew angekommen. Die Ortsbeiräte sollen nicht in ihren Kompetenzen beschnitten werden. Das Budget des Investitionsteils der Ortsbeiräte wurde vor kurzem verdoppelt (auf bis zu 10.000 €). Diese Entscheidung war das Ergebnis einer Sitzung mit Ortsvorsteher:innen mit dem Kämmerer.</p> <p>Des Weiteren wurde das Akteneinsichtsrecht für Ortsvorsteher:innen auf den Weg gebracht. Es muss noch in der Hauptsatzung verankert werden. Die Möglichkeit, Akten einzusehen, macht Entscheidungen nachvollziehbarer.</p> <p>Vor dem Hintergrund der aktuellen Beschwerden muss überlegt werden, was (systemisch) geändert werden kann und muss.</p> <p>Der Umgang mit den Beschlüssen der Ortsbeiräte in der Stadtverordnetenversammlung und der Verwaltung muss angeschaut werden. Was kann überhaupt beschlossen werden und wie kann eine bessere Verbindlichkeit im Umgang mit den Beschlüssen gefunden werden?</p> <p>Als Reaktion auf die aktuelle Kritik ist beschlossen worden, ein Workshopverfahren durchzuführen, im dem die Zusammenarbeit besprochen werden soll. An dem Verfahren sollen neben den Ortsvorsteher:innen auch Vertreter:innen der Verwaltung und der SVV teilnehmen.</p>

<p>Die Situation des ÖPNV ist ein wichtiges Thema der Ortsbeiräte. Was ist in dieser Hinsicht geplant? Soll es zu einem Austausch kommen? Ist zu dem Thema ein größerer Dialog vorgesehen, bei dem alle betroffenen Ortsbeiräte gemeinsam mit allen relevanten Akteur:innen sich austauschen?</p>	<p>Verkehr ist insbesondere im Potsdamer Norden ein wichtiges Thema. Die Verkehrsentwicklung der Verwaltung ist bemüht, die Beschlüsse der Ortsbeiräte in ihre Planungen aufzunehmen. Im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Verkehr oder dem Nahverkehrsplan fließen Ideen und Wünsche aus den Ortsteilen ein. Natürlich müssen bei diesem Thema auch die Interessen der Gesamtstadt und anderer Ortsteile berücksichtigt werden, da es teilweise sehr unterschiedliche Bedarfe gibt.</p> <p>Es wird vorgeschlagen, die Kolleg:innen der Verkehrsentwicklung einzuladen und über Beteiligungsmöglichkeiten der Verkehrsplanung zu diskutieren.</p>
<p>In Gesprächen mit den Ortsbeiräte wurde der Eindruck geschildert, dass ihre Beschlüsse teilweise pauschal ablehnt werden. Ist das Problem bekannt?</p>	<p>Dazu kann Herr Tuntschew nichts im Detail sagen und ist in erster Linie Sache der Stadtverordnetenversammlung. Das wäre ein Thema, das im Rahmen des Workshopverfahrens besprochen werden sollte.</p>
<p>Wer kann am Workshopverfahren teilnehmen?</p>	<p>Derzeit ist vorgesehen, dass an dem Verfahren die Ortsvorsteher:innen, Vertreter:innen der Verwaltung und Vertreter:innen der SVV (parteiübergreifend) teilnehmen. Die Runde soll eher klein gehalten werden, ohne die Potsdamer Stadteile.</p> <p>Der BR soll ebenfalls einbezogen werden. Er könnte zum Beispiel durch Stellungnahmen eine beratende Rolle übernehmen. Zusätzlich könnte eine AG des BR den Prozess begleiten. Die Moderation des Workshopverfahrens soll durch eine unbeteiligte, neutrale Institution (WfB, Kommunalpolitisches Institut der Uni Potsdam o.ä.) erfolgen.</p>
<p>Das Akteinsichtsrechte ist eine eher nachrangige Beteiligungsmöglichkeit. Können die Ortsbeiräte nicht auf anderem Wege besser in die Entscheidungsfindung einbezogen werden? Zum Beispiel durch ein partizipatives Verfahren zur Entscheidungsfindung?</p>	<p>Grundsätzlich wird immer versucht, die Ortsvorsteher:innen frühzeitig in Entscheidungen einzubinden.</p> <p>Der Anspruch ist, in Potsdam die Menschen durch Bürgerbeteiligung stärker einzubinden. Die Zusammenarbeit soll verbessert werden. Eine kooperative Verwaltung gehört zur DNS der Stadt. Dazu gehört auch, dass die Verwaltungsmitarbeiter:innen die Ortsvorsteher:innen einbinden – was sie auch in den allermeisten Fällen tun.</p> <p>Natürlich werden Entscheidungen nicht immer im Konsens mit den Ortsbeiräten getroffen. Das sind die erwähnten funktionalen Konflikte, die nicht immer gelöst werden können. Es muss aber geklärt werden, ob es sich um ein systemisches Problem oder um viele Einzelfälle handelt.</p>
<p>Was hat zur veränderten Behandlung von Beschlüssen in den Ausschüssen geführt?</p>	<p>In den Ausschüssen erfolgt keine federführende Behandlung mehr mit den Beschlüssen mehr. Der Grund ist Herrn Tuntschew nicht bekannt – auch das müsste im Workshop auf die Agenda.</p>

Für wann ist das Workshopverfahren geplant?	Die Ergebnisse des Workshopverfahrens sollen noch vor der Sommerpause vorliegen. Dementsprechend muss das Verfahren im Mai durchgeführt werden. Es ist notwendig, ein Verfahren zu finden, dass diesen Zeitplan ermöglicht.

4 Mobile Beteiligung in Potsdam

Zu Beginn stellte Frau Ermert den Beschluss der SVV zur mobilen Beteiligung in Potsdam vor (siehe Anhang A).

Aus dem Beschluss wird deutlich, dass die Verwaltung prüft, wie mobile Beteiligung in Potsdam möglichst kostensparend umgesetzt werden kann.

Bislang ist jedoch noch nicht ausreichend geklärt, welches Konzept der mobilen Beteiligung zugrunde liegt. Klar ist, dass mit der mobilen Beteiligung die Menschen vor Ort abgeholt werden sollen. Mobile Beteiligung soll insbesondere dann eingesetzt werden, wenn die Beteiligung den öffentlichen Raum betrifft, da so der Bezug zum jeweiligen Ort hergestellt werden kann. Des Weiteren kann mobile Beteiligung an Orten genutzt werden, an denen keine geeigneten Räume für Beteiligung vorhanden sind. Dennoch ist es wichtig, als nächsten Schritt ein Konzept zu entwickeln, in dem beschrieben wird, was mobile Beteiligung leisten soll, da sich daraus die Ausgestaltung verschiedener Formen ableiten lässt.

Laut SVV-Beschluss soll dazu unter anderem vom BR ein Meinungsbild eingeholt werden. Die WfB möchte gemeinsam mit dem BR die Idee der mobilen Beteiligung konzeptionell erarbeiten und unterfüttern. Frau Pohle machte deutlich, dass möglichst viel Input zum Thema erwünscht ist und der BR eine eigene Stellungnahme einbringen sollte. Von den Mitgliedern des BR wurde angemerkt, dass es über die Stellungnahme hinaus die Möglichkeit geben sollte, weiter zu denken.

Nächste Schritte sind:

- Bis Mai soll die konzeptionelle Ausarbeitung zusammengefasst und dabei geklärt werden, wo noch Lücken im derzeitigen Konzept sind.
- Im Mai trifft sich die interne WfB mit dem Geschäftsbereich 4 und bespricht insbesondere technische Aspekte der mobilen Beteiligung.
- Bis August wird eine Vorlage erarbeitet, die im August dem BR vorgestellt werden kann.

Der BR hat beschlossen, sich intensiver in die (konzeptionelle) Ausgestaltung der mobilen Beteiligung einzubringen. Dabei sollen insbesondere die Bedarfe der mobilen Beteiligung identifiziert werden. Frau Wilke und Frau Jordan haben sich bereiterklärt, die Stellungnahme des BR zur mobilen Beteiligung vom Oktober 2020 zu sichten und für die neue Stellungnahme des BR auszuwerten. Dabei soll auch das Beteiligungskonzept von Schlaatz berücksichtigt werden. Deshalb wird Herr Schwartz aus Schlaatz zur kommenden Sitzung des BR im April eingeladen, um das Beteiligungskonzept vorzustellen. Herr Geisler merkte an, dass es sich dabei bisher um ein reines Konzept handelt und es noch keine Erfahrung mit der Umsetzung der Beteiligungsbausteine gibt. Der BR sprach sich dafür aus, mobile Beteiligung vernetzt zu denken und auch in das Konzept Beteiligung 2.0 aufzunehmen, das derzeit von einer AG des

BR entwickelt wird. Damit sollen mögliche Verknüpfungen mit anderen Beteiligungsangeboten benannt werden. Herr Leben merkte zudem an, dass ggf. auch ein Pilotprojekt zur mobilen Beteiligung durchgeführt werden könnte. Die geplante Werkstatt zur autoarmen Innenstadt Potsdam würde dafür einen passenden Rahmen bilden.

Der BR lobte die Verwaltung dafür, dass er von Beginn an in die Entwicklung der mobilen Beteiligung einbezogen wird.

5 Aktuelles:

5.1 *Prozessmonitor*

Die neue Form des Prozessmonitors gefiel den Mitgliedern. Er soll in Zukunft so fortgeführt werden.

Herr Geisler wies darauf hin, dass sich der Prozess am Schlaatz durch den Prozessmonitor zieht. Die WfB stand bei der Entwicklung des Beteiligungskonzepts beratend zur Seite und kann dementsprechend auch eine Einschätzung des Beteiligungskonzepts Schlaatz einbringen.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass die Bürgerinitiative zum Potsdamer Norden von der WfB schon seit längerem begleitet wird.

Herr Daenzer fragte, ob eine Veröffentlichung des Prozessmonitors möglich sei, um die Informationen der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Herr Geisler erwiderte, dass grundsätzlich die Veröffentlichung einer Übersicht denkbar sei. Als mögliches Problem nannte er, dass die Informationen nicht immer auf dem aktuellen Stand seien, wenn der Monitor nur einmal im Monat aktualisiert wird. Aus diesem Grund soll die Veröffentlichung WfB-intern noch einmal besprochen werden.

Der Prozessmonitor findet sich in Anhang A.

5.2 *BI Potsdamer Norden: Schreiben von Rüdiger Seyboth*

Es wurde darüber informiert, dass sich die betroffenen Ortsbeiräte ebenfalls mit dem Thema beschäftigen. Die Situation hat sich inzwischen grundlegend geändert, da der Bau der Tank- und Rastanlage von der Stadt Potsdam in ihrer Stellungnahme abgelehnt wurde. Zugleich forderte die Stadt Potsdam den Vorhabenträger dazu auf, den Ausbau der Anlage Wolfslake erneut zu prüfen.

Herr Falk hat bereits auf das Schreiben von Herrn Seyboth (siehe Anhang B) geantwortet und dabei deutlich gemacht, dass der BR über die Situation informiert ist. Zu inhaltlichen Fragen möge sich Herr Seyboth oder die Bürgerinitiative an die WfB wenden.

5.3 *Vorhaben Pirschheide*

Es hat sich eine AG zur Pirschheide gebildet, an der Herr Kleger, Frau Albrecht, Herr Geisler und Herr zur Nieden teilnehmen. Herr zur Nieden hat bereits angefangen ein Konzept zu schreiben. Voraussichtlich kann im April/Mai einen Zwischenstand des Konzepts vorgestellt werden.

5.4 *Sitzung des Ausschusses PTD*

Frau Jordan informierte, dass die Ideen des BR zur Bürger:innenbeteiligung in der Pirschheide im Ausschuss PTD sehr positiv aufgenommen worden sind. Die Ideen des BR könnten eventuell in der Mai-Sitzung des Ausschusses vorgestellt werden. Frau Jordan wird versuchen, einen entsprechenden Tagesordnungspunkt für die Sitzung einzubringen.

Der BR sprach sich dafür aus, die Anfrage von Frau Müller ebenfalls in den Ausschuss PTD einzubringen. Frau Wilke schreibt dazu eine Stellungnahme, die gemeinsam mit der Anfrage im Ausschuss vorgestellt werden soll.

Die Zusammenfassung der wichtigsten Punkte aus der Ausschusssitzung findet sich im Anhang C.

6 Organisatorisches:

Aufgrund der neuen Mitglieder ist eine Aktualisierung sowohl der Kontaktdatenliste als auch des E-Mailverteilers (all@) notwendig. Frau Ermert und Herr Geisler kümmern sich darum.

7 Abschluss

Inhalte für kommende Sitzungen

- Herrn Schwartz zur Vorstellung des Beteiligungskonzepts Schlaatz einladen

Inhalte aus vorhergehenden Sitzungen:

- Vorstellung des Konzepts der autofreien / autoarmen Innenstadt durch Herrn Leben – die Rolle der Bürgerbeteiligung dabei beleuchten
- Besuch Vertreter*in BR Erfurt Herr Geisler: Vertreter aus Erfurt wünscht sich Präsenzveranstaltung, möchte zwei bis drei Personen hinzunehmen.
- Frau Engel einladen (Kreativquartier in der Garnisonkirche)
- Thema Evaluation

Die nächste Sitzung des Beteiligungsrats Potsdam findet am 27.04.2021 in der Zeit von 18.00-20.30 Uhr statt.

8 Anhang

A – *Beschluss der SVV zur mobilen Beteiligung*



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

BESCHLUSS der 17. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam am 18.02.2021

Mobile Bürgerbeteiligung
Vorlage: 20/SVV/0862

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darzustellen, wie eine anlass- und ortsbezogene Öffentlichkeits-beteiligung zu Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung ermöglicht werden kann. Dabei soll die Möglichkeit bestehen, sowohl zu informieren als auch Meinungsbilder einzuholen.

Zu schätzen sind dabei insbesondere:

- Anschaffungs- Betriebs-, Lagerungs- und Transportkosten eines Containers,
- Sach- und Personalaufwand für Ausstattung, Beaufsichtigung und Wartung,
- personelle Kapazitätsbeanspruchung.

Vergleichsweise ist darzustellen, wie der Aufwand verringert werden kann, wenn eine Durchführung in bestehenden Räumlichkeiten der öffentlichen Hand, aber analog zum Container oder anderer Lösungen für weitere mobile Konzepte vor allem durch Präsenz auf der Straße durch ein Zelt, größere Stände oder ähnliches stattfindet. Dazu ist ein Meinungsbild von Beteiligungsrat und WerkStadt für Beteiligung einzuholen.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung Ende 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss werden keine Seiten beigefügt.

Potsdam, den 22. Februar 2021

Ziegenbein
Leiterin des Büros

B – Prozessmonitor

Beteiligungsrat LHP
Sitzung: 25.03.2021
Prozessmonitor der WfB
Stand: 17.03.2021



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



Legende

Prozessbezeichnung

1. Prozessgegenstand
2. Prozessbeteiligte
3. Stand und nächste Schritte
4. Rolle der WerkStadt für Beteiligung
5. Status: ■ läuft ■ pausiert

1. Prüfvermerk Kinder- und Jugendbeteiligung

1. Mit der letzten Änderung der Brandenburgischen Kommunalverfassung wurde in §18a die Pflicht, dass Kinder- und Jugendliche in allen sie berührenden Angelegenheiten der Gemeinde zu beteiligen sind und diese Beteiligung zu dokumentieren ist festgelegt. Hierzu soll zum alltäglichen Gebrauch in der Verwaltung ein Prüfvermerk erarbeitet werden, der es den zuständigen ermöglicht, die Notwendigkeit einer Beteiligung und ggf. die Form zu bestimmen und den Beteiligungsprozess zu planen.
2. Kinder- und Jugendbüro des Stadtjugendring Potsdam, Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen LHP
3. Der nächste Schritt ist die Vorstellung des Prüfvermerks innerhalb der Verwaltung und den notwendigen Gremien der LHP.
4. Die WerkStadt berät und unterstützt den Arbeitsprozess.
5. ■ Status: läuft

2. Schlaatz 2030

1. Im Zuge der Fortsetzung des Förderprogramms „Soziale Stadt“ für den Stadtteil Schlaatz wird ein Konzept zur zukünftigen Partizipation der Einwohner:innen entwickelt (Drucksachennummer: 21/SVV/0066).
2. Zuständige Sachbearbeiter:innen im Geschäftsbereich 4 der Verwaltung, Wohnungsunternehmen in „Allianz für den Schlaatz“, Träger vor Ort
3. Das Partizipationskonzept wird nun in den Verwaltungsgremien besprochen. Eine Vorstellung im Ausschuss Partizipation, Transparenz und Digitales hat stattgefunden. Die WerkStadt berät den zuständigen Fachbereich bei der Erstellung der Ausschreibungsinhalte für das im Konzept geplante „Planlabor“.
4. Die WerkStadt nimmt beratend an den Akteur:innenkonferenzen teil und begleitet den Prozess Schlaatz 2030.
5. ■ Status: läuft

3. Auswertung Stadtteildialoge und Spaziergänge

1. Auf Beschluss der Stadtverordneten und Wunsch des Oberbürgermeisters fanden in 2019 vier Stadtteilwanderungen und folgend Stadtteildialog statt. Hierbei handelt es sich um Formate, bei denen Einwohnerinnen und Einwohner Eingaben an die Verwaltung richten und selbstgewählte Themen mit der Verwaltungsspitze vor Ort erörtern können. 2019 war für dieses neue Format eine Testphase.
2. Büro des Oberbürgermeisters, alle Geschäftsbereiche 1 bis 5 der Verwaltung, Einwohnerinnen und Einwohner aus den jeweiligen Stadtteilen (Potsdam West, Schlaatz, nördliche Ortsteile und Babelsberg/Zentrum-Ost)
3. Zurzeit wird die Dokumentation zu den Stadtteildialogen und Spaziergängen Babelsberg Nord und Zentrum Ost durch das OBM-Büro erarbeitet. Im Anschluss soll die Testphase 2019 ausgewertet und das Format entsprechend der Ergebnisse weiterentwickelt werden. Eine Veranstaltung, um eine Beteiligung an der Weiterentwicklung möglich zu machen, ist gegenwärtig im Gespräch. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Pandemie wird über ein kleineres Format und online Elemente im Rahmen eines Fachgesprächs diskutiert.
4. Die WerkStadt erarbeitete das ursprüngliche Konzept in Abstimmung mit dem Büro des Oberbürgermeisters und unterstützte die Testphase in 2019 intensiv. Gegenwärtig begleitet die WerkStadt die Auswertung und Fortschreibung und berät hierzu das Büro des Oberbürgermeisters.
5. ■ Status: Die nächsten Schritte werden vom OBM Büro angestoßen, sobald die Pandemiesituation dies erlaubt.

4. Stadtteilvertretung und Koordination in Waldstadt

1. Auf Beschluss der Stadtverordneten (DS 20/SVV/0256) und auf Initiative von Aktiven vor Ort soll für Waldstadt (1, 2 und 3) im Zuge eines Beteiligungsprozesses vor Ort ein Konzept für die Einrichtung einer hauptamtlichen und aus Zuwendungen der LHP finanzierten Koordination zur Unterstützung von bürgerschaftlichem-ehrenamtlichem Engagement und Gemeinwesenarbeit entwickelt werden.
2. Beteiligt sind eine Vielzahl von Trägern vor Ort sowie der Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration – hier insbesondere die Koordinierungsstelle der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser
3. Weitere Begleitung der Konzeptgruppe durch die WerkStadt für Beteiligung. Die derzeitige Pandemiesituation lässt keine Präsenzveranstaltungen zu, aus diesem Grunde wird in Onlinetreffen weitergearbeitet. Am 18. März 2021 hat ein weiteres Treffen des gesamten Netzwerkes im online Format stattgefunden. Die WerkStadt für Beteiligung wertet die Ergebnisse gerade aus und erstellt die Dokumentation. In einem nächsten Schritt wird das erarbeitete Konzept mit der LHP abgestimmt und voraussichtlich durch die Verwaltung als Beschlussvorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht.
4. Die WerkStadt moderiert und gestaltet den Prozess und berät nach Bedarf die Akteur:innen.
5. ■ Status: läuft

5. Workshop und Beratung zu Erklärfilmen

1. Unter anderem auf Anstoß des Beteiligungsrats will die WerkStadt für Beteiligung eine Reihe von Erklärfilmen zu unterschiedlichen Themen der Beteiligung in Potsdam produzieren.
2. Es arbeiten Mitarbeiter:innen der WerkStadt, sowie Fachexpert:innen aus dem Bereich Filmproduktion zusammen.
3. Hierzu fand eine Fachberatung statt, in der das WerkStadt-Team von professionellen Berater:innen bei der Entwicklung des Formates, der Erstellung eines Produktionsplanes usw. unterstützt wurde.
4. Die WerkStadt für Beteiligung ist Initiatorin und Auftraggeberin.
5. ■ Status: Aufgrund der gegebenen Lage kann an diesem Projekt gegenwärtig nicht gearbeitet werden. Sobald die Umstände dies wieder zulassen, wird die Arbeit daran aber wieder aufgenommen.

Fachtag zum Thema Wohnen in Potsdam für Geflüchtete

1. Am 03.06.2020 fassten die Stadtverordneten der Landeshauptstadt Potsdam den Beschluss „Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge“ (20/SVV/0518) und beauftragten darin den Oberbürgermeister, einen Maßnahme- und Zeitplan zu erarbeiten, um alle Flüchtlinge in eigenen Wohnungen oder in Gemeinschaftsunterkünften (GU) unterzubringen, in denen die Unterbringung in wohnungsähnlicher Form möglich ist. Auf einem Fachtag soll ein erster Austausch zu dem Thema stattfinden und mögliche Maßnahmen diskutiert werden.
2. Veranstalter:innen sind der Migrantenbeirat und die Integrationsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam in Zusammenarbeit mit weiteren Mitgliedern der AG Wohnen (Beratungsfachdienst für MigrantInnen der Diakonie, Seebrücke Potsdam, Einzelpersonen).
3. Die WerkStadt für Beteiligung berät die Veranstalter:innen bei der Erstellung eines Online-Veranstaltungsformats. In regelmäßigen Abständen finden hierzu Beratungen in Online-Arbeitstreffen statt.
4. Die WerkStadt für Beteiligung berät und begleitet die Veranstalter:innen bei der Konzeptionierung ihrer Veranstaltung.
5. ■ Status: läuft

6. Strategiegruppe Rechenzentrum

1. Auf Initiative des Oberbürgermeisters soll für das Grundstück des durch die „Stiftung für den Wiederaufbau der Garnisonkirche“ geplanten Kirchenschiffes im Zuge eines 4 stufigen Prozesses gemeinsam mit der Stiftung und den Nutzer:innen des Rechenzentrums (inklusive des FÜR e.V.s) Konzepte für die inhaltliche Nutzung und dem folgend für mögliche Gestaltungen entwickelt werden. Hierzu ist gegenwärtig in Phase 2 ein „desing thinking“ Prozess angestoßen worden, der von der Hasso Plattner Institut - School of Design Thinking betreut wird. Näheres findet sich im RIS unter der Vorlagennummer: 20/SVV/1386
2. Beteiligt sind das Büro des Oberbürgermeisters, die Stiftung Garnisonkirche, die Nutzer:innen des Rechenzentrums sowie das HPI.
3. Für die Nutzer:innen des Rechenzentrum in ihre Vielfältigkeit ist die Teilnahme an diesem Prozess neben der Beteiligung an dem Prozess zur Ausgestaltung des neuen Kreativquartiers in der Nachbarschaft mit vielen Herausforderungen und großem zeitlichen Aufwand verbunden. Daher haben diese die WerkStadt um eine ständige Begleitung und Beratung gebeten. Hierzu finden nunmehr in 14 tägigen Abständen Treffen statt. Zudem wird nach Bedarf auch zwischenzeitlich in Coachings oder Supervisionen durch die WerkStadt für Beteiligung unterstützt.
4. Die WerkStadt für Beteiligung ist in beratender und begleitender Rolle eingebunden.
5. ■ Status: läuft

8. Havelseen

1. Angestoßen durch das Bundesverkehrsministerium und das zuständige Landesministerium wird im Potsdamer Norden (OT Uetz/Paaren) unter dem Titel „Havelseen“ die Einrichtung einer Tankstelle nebst Parkplätzen im Zuge eines durch das Land durchgeführten Planfeststellungsverfahrens angestrebt. Vor Ort gründete sich aus diesem Grund eine Initiative aus Anwohner:innen, die Ihre Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe einsetzen, um das Projekt aufgrund ihrer Einwände zu verhindern oder zumindest zu qualifizieren.
2. Es handelt sich hier zwar nicht um ein von der LHP durchgeführtes Verfahren, jedoch sind die Mitglieder der erwähnten Initiative Potsdamer:innen und haben sich daher mit der Bitte um Beratung und Unterstützung an die WerkStadt gewandt.
3. Die WerkStadt berät und unterstützt die Initiative auf Basis der im Erstgespräch getroffenen Verabredungen in regelmäßigen Gesprächen und Workshops.
4. Die WerkStadt für Beteiligung ist beratender und unterstützender Rolle tätig.
5. ■ Status: läuft

9. Netzwerk „Inklusion im und durch Sport“

1. Im Jahr 2019 beschließen die Stadtverordneten einen Antrag der das Thema Sport und Menschen mit Behinderung beinhaltet. Die Verwaltung wurde damit beauftragt Impulse zur Entwicklung eines Akteur:innennetzwerks zu setzen. Der Prozess startete als Akteurskonferenz im Fachtagformat und entwickelte sich über vier Veranstaltungen zu einem Netzwerktreffen.
2. Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Bereich 233 Familie, Freizeit und Sport, Universität Potsdam, Sportvereine
3. Im Jahr 2020 war ein fünftes Netzwerktreffen geplant und konnte coronabedingt nicht stattfinden. Die WerkStadt für Beteiligung hat im März 2021 ein Online-Treffen initiiert, um mit dem Stadtsport Bund, dem Bereich Sport und der Beauftragten für Menschen mit Behinderung das weitere Verfahren mit dem Netzwerk zu besprechen. Die Teilnehmer:innen vereinbarten, dass in einem nächsten Schritt die Steuerungsgruppe einberufen werden soll.
4. Die WerkStadt berät und begleitet die Steuerungsgruppen bei dem Aufbau des Netzwerks.
5. ■ Status: läuft

10. WerkStadt-Bericht

1. Die WerkStadt für Beteiligung hat sich zur Aufgabe gemacht einen Bericht der zurückliegenden Jahre zu erstellen. Der Bericht hat das Ziel Nichtfachpublikum Einblicke in die Arbeit der Einrichtung zu geben. Ziel ist es, die Publikation zur Mitte des Jahres 2021 zu veröffentlichen.
2. Mitarbeiter:innen der internen und externen WerkStadt für Beteiligung
3. Die inhaltliche Struktur des Berichts ist abgestimmt und liegt vor. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden die Texte erarbeitet, O-Töne zusammengetragen, Bildmaterial gesichtet und Anfragen für Gastbeiträge gestellt.
4. Die WerkStadt ist in federführender Rolle für die Erstellung des Berichtsinhalte zuständig.
5. ■ Status: läuft

11. Stadtteilkonferenz Potsdam West

1. Das Stadtteilnetzwerk Potsdam West führt seit über 10 Jahren regelmäßig Stadtteilkonferenzen im Stadtteil durch. Die WerkStadt für Beteiligung hat in der Vergangenheit bei einigen Veranstaltung beraten und unterstützt. Im Jahr 2021 soll die Konferenz am 20.03. online stattfinden. Die WerkStadt für Beteiligung wurde angefragt zu unterstützen.
2. Stadtteilnetzwerk Potsdam West, Einwohner:innen im Stadtteil
3. Es wurden gemeinsame Planungs- und Vorbereitungstreffen durchgeführt. Im nächsten Schritt soll die Stadtteilkonferenz durchgeführt werden.
4. Die WerkStadt für Beteiligung begleitet und berät das Stadtteilnetzwerk bei ihrer Vorbereitung und Planung.
5. ■ Status: läuft

C – Schreiben von Herrn Seyboth

Rüdiger Seyboth

Kastanienweg 12, 14476 Potsdam

3. März 2021

Liebe Mitglieder vom Beteiligungsrat der Landeshauptstadt Potsdam,

mehr als zwei Jahre liegt es nun bereits zurück, dass ich nach Ablauf einer zweijährigen Mitarbeit im Beteiligungsrat mehr oder weniger frustriert ausgeschieden bin.

Dennoch habe ich aber in der zurück liegenden Zeit die Arbeit des Beteiligungsrates weiterhin verfolgt. Vermutlich würde ich auch heute noch zu einer nahezu ähnlichen oder unveränderten Beurteilung gelangen, wie ich dies seinerzeit in einem persönlichen Rückblick dokumentiert hatte.

Vor annähernd einem halben Jahr hat sich im Potsdamer Norden eine Bürgerinitiative gegründet, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Bau einer Tank- und Rastanlage an der Autobahn A10 zu verhindern.

Es macht mich sehr betroffen, warum diese engagierte **Bürgerinitiative Potsdamer Norden** (<https://potsdamer-norden.jimdofree.com/>) vom Beteiligungsrat bisher offenbar überhaupt noch nicht wahrgenommen wurde.

Schließlich ist eine Bürgerinitiative nicht nur eine Form von Protest, sondern auch eine aktive Form von Bürgerbeteiligung und politischer Partizipation.

Die „*Bedeutung des Beteiligungsrates als Sprachrohr der Bürgerschaft zu stärken*“, hat das langjährige als Experte fungierende Beiratsmitglied Prof. Dr. Heinz Kleger in einer seinen Schriften zur strukturierter Bürgerbeteiligung immer wieder gefordert.

Warum greift der Potsdamer Beteiligungsrat das Engagement der Bürgerinitiative Potsdamer Norden nicht auf und setzt sich nicht nur als Sprachrohr, sondern auch als Bindeglied zwischen der Bürgerinitiative, den betroffenen Bürgern vor Ort und den politischen Entscheidungsträgern ein?

In der Themensammlung des Beteiligungsrates für das laufende Jahr kann man unter Position 1 zur Kenntnis nehmen, dass den „*Bemühungen der Ortbeiräte der Ortsteile im Hinblick auf ortsteilrelevante Entscheidungen nicht in ausreichendem Maße Rechnung getragen wird*“. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die Probleme in den Ortsteilen offenbar durchaus bekannt sind.

Der Bau der Tank- und Rastanlage ist z. B. eine ortsteilrelevante Maßnahme, in deren Folge nicht nur die Kulturlandschaft und der Charakter der dörflichen Ortsteile im Potsdamer Norden zerstört wird,

sondern darüber hinaus durch die großflächige Versiegelung wertvollen Ackerlandes auch ein irreparabler Schaden an unserer Natur und Umwelt unmittelbar vor unserer Haustür verursacht wird.

Ortsteilrelevante Folgen hat z. B. auch der Bau einer riesigen Logistikhalle mit einer Größe von ca. 35.000m² im Friedrichspark, die nach ihrer Fertigstellung dafür sorgen wird, dass die dort ohnehin bereits sehr hohe Verkehrsdichte an Schwerlastverkehr im Ortsteil Satzkorn nochmals erheblich verstärkt wird.

Ein weiterer Solarpark mit einer Größe von ca. 79ha soll direkt im Ortsteil Satzkorn zwischen der Friedens- und Bahnhofstraße entstehen. Diese Fläche ist größer als der gesamte Ortsteil.

Von einem Wertstoffhof und einer Vorhaltefläche für weiteres Gewerbe und Industrie ist auch bereits die Rede.

Kritikern dieser gravierenden Veränderungen entgegnete kürzlich der Potsdamer Baubeigeordnete Bernd Rubelt in einem Zeitungsbericht, dass man sich vom „Bild des romantisch gezeichneten ländlichen Raums“ doch endlich verabschieden möge. Stattdessen hätten sich die Dörfer im Potsdamer Norden darauf einzustellen, dass sich ihr Lebensumfeld in Richtung „städtischer Kontext“ ändern würde.

Nur übersieht der Baubeigeordnete Rubelt hierbei, dass die Potsdamer Ortsteile mit den dort lebenden Bürgern im Jahr 2003 **zwangsweise!!** nach Potsdam eingemeindet wurden. Die Bürger der Ortsteile haben sich niemals darum beworben, dass man ihr ländliches Umfeld über ihre Köpfe hinweg zu Industrie- und Gewerbe-Hotspots der Landeshauptstadt Potsdam entwickeln würde.

Ich würde mich freuen, wenn ich mit diesen Zeilen Anregungen geben konnte und Sie die Arbeitsweise und die Ziele des Potsdamer Bürgergremiums überdenken und sich in Ihrer Funktion als beratendes Gremium aktiv für die Interessen der Bürger gem. § 13 der Hauptsatzung einbringen.

Vielleicht könnte dieses Bürgergremium dadurch einen Beitrag leisten, nicht nur den unsinnigen Bau einer Tank- und Rastanlage zu verhindern, sondern auch die weitreichenden Veränderungen vor Ort im Sinne der Bürger zu begleiten und zu unterstützen.

Freundliche Grüße

Rüdiger Seyboth

D – Zusammenfassung wichtiger Punkte aus dem Ausschuss PTD

Ausschusssitzung am 16.03.2021

Zusammenfassung der den BR betreffenden Punkte

Es wird darüber informiert, dass der Vortrag von Herrn Tuntschew heute nicht stattfinden kann. Er soll am 25.03.2021 in der Sitzung des Beteiligungsrates gehalten werden. Es wird angefragt, ob Ausschussmitglieder dabei zuhören können. Dem wird grundsätzlich nicht widersprochen. Eine Anmeldung ist zwingend erforderlich. Es konnte nicht geklärt werden, welche Ausschussmitglieder überhaupt zuhören möchten.

Vorstellung des Partizipationskonzeptes Am Schlaatz durch Herrn Schwarz. Er stellt die bisherige Arbeit vor und gibt einen Ausblick. Dieser Vortrag ist Anlass anzuregen, Herrn Schwarz zu einer Sitzung des BR einzuladen, um seine Erfahrungen zu schildern. Es erscheint ein gelungenes Format zu sein, um ggf. für die Beteiligung z.B. Pirschheide genutzt und weiterentwickelt zu werden.

Es wird über den Vortrag zur Pirschheide aus dem letzten BR berichtet und empfohlen, diesen Ansatz in einer Ausschusssitzung vorzustellen. Hierzu wird ein Formulierungsvorschlag für die Tagesordnung erbeten. Es wird betont, dass mit den Akteuren in der Stadtverwaltung zusammengearbeitet werden soll, damit nicht „parallel gefahren“ wird. Es wird informiert, dass der BR sich konzeptionell einbringen und mitgestalten will.

Über den zweiten Punkt – Thema Ortsbeiräte – wird informiert, dass Herr Tuntschew der Ansprechpartner für die Ortsbeiräte ist. Herr Tuntschew sei jedoch nur für die Zusammenarbeit mit den Ortsvorstehern zuständig, nicht aber mit den Ortsbeiräten. Die mangelnde Zusammenarbeit und Unterbindung rechtlich verbindlicher Mitspracherechte ist vor allem in der SVV und den Ausschüssen vorzufinden.

Frau Bojunga (Stadtverwaltung) stellt die Vorgehensweise des Interessenbekundungsverfahrens für die WfB vor und informiert gleichzeitig darüber, dass der derzeitige Vertrag bis 31.10.2022 verlängert wurde.

Freda von Heyden-Hendricks

Dr. Antje Jordan